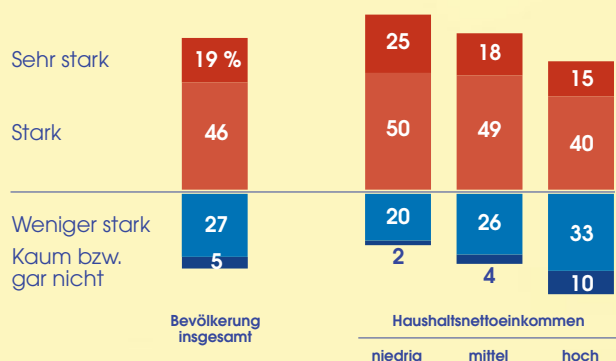


Wie teuer wird das Leben?

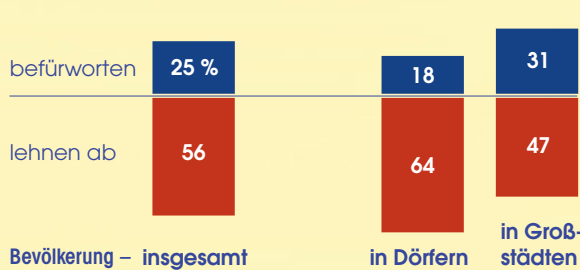
Belastung durch Preissteigerungen

Frage: Wie sehr belasten Sie die Preissteigerungen?



Verbrenner-Verbot ab 2030

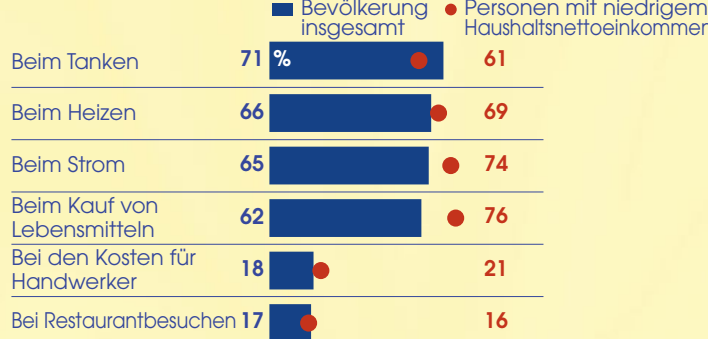
Frage: Sind Sie dafür, ab 2030 keine neuen Autos mit Diesel- oder Benzinmotor mehr zuzulassen?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre © IfD-Allensbach
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6164/1
Grafik: RNZ-Repro

Hohe Energiekosten

Frage: In welchen Bereichen treffen Sie die Preissteigerungen besonders?



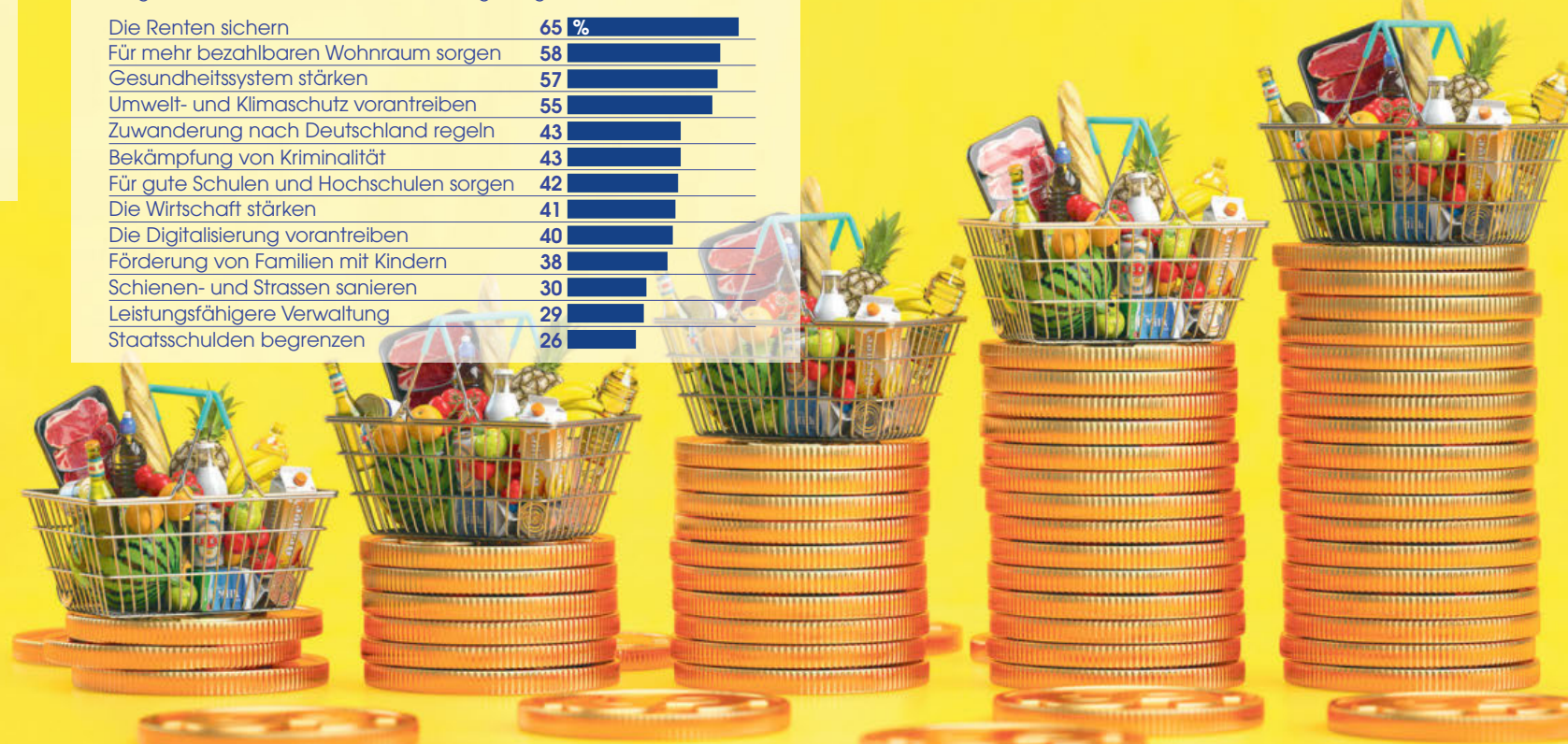
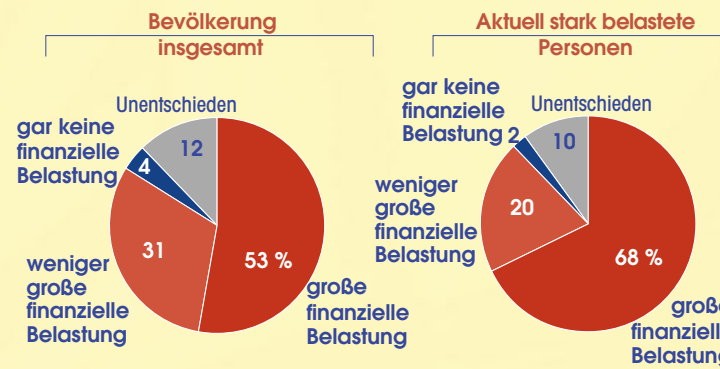
Prioritäten nach der Bundestagswahl

Frage: Warum soll sich die neue Bundesregierung besonders kümmern?



Belastung durch Klimaschutzmaßnahmen

Frage: Was glauben Sie: Die geplanten Maßnahmen werden für Sie eine...



Geringverdiener leiden unter der Inflation

BaWü-Check: Laut Umfrage sind 65 Prozent der Bevölkerung stark bis sehr stark belastet – Benzin und Lebensmittel wichtigste Indikatoren – Sorge wegen Klimaschutzkosten

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Steigende Preise und die Folgen der Bundestagswahl: Das waren die zentralen Themen des aktuellen „BaWü-Checks“, der Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Im Zeitraum vom 28. Oktober bis zum 8. November befragte das Institut für Demoskopie Allensbach 1020 repräsentativ ausgewählte Baden-Württemberger.

> Spürbarer Preisanstieg: Laut Statistischem Bundesamt lag die Inflationsrate im Oktober bei 4,5 Prozent – und im Alltag merken die Befragten, dass sie durch Preissteigerungen belastet werden. 65 Prozent spüren das stark oder sehr stark. Besonders bei niedrigen Haushaltseinkommen macht sich das bemerkbar. Hier gaben drei von vier Befragten an, sie seien deutlich mehr belastet.

> Benzinpreis als Indikator: Quer durch die Bevölkerung sind es vor allem die ge-

stiegenen Benzin- und Dieselpreise, die sich im Geldbeutel besonders bemerkbar machen. 71 Prozent der Befragten spürten hier die zusätzliche Belastung. Dann folgten Heizung, Strom und der Lebensmitteleinkauf. Aufschlussreich ist hier die Unterscheidung nach Einkommen: Wer wenig Geld zur Verfügung hat, leidet vor allem unter den gestiegenen Lebensmittelpreisen (76 Prozent) und Stromkosten (74 Prozent). Der Benzinpreis – vielleicht mangels eigenem Auto – spielt hier hingegen nur für 61 Prozent eine besondere Rolle.

> Skepsis beim Klimaschutz: Die Erwartung, dass Maßnahmen gegen den Klimaschutz eine große finanzielle Belastung mit sich bringen werden, hat die Mehrheit der Befragten (51 Prozent). Dass die Belastung „Weniger groß“ sein werde, sagen 31 Prozent. Keinerlei Belastung erwarten nur 4 Prozent. Auffällig: Wer schon jetzt von Preissteigerungen besonders betroffen ist, erwartet auch durch den Klimaschutz besonders hohe Mehr-

kosten: Der Anteil derjenigen, die hohe Kosten erwarten, liegt hier bei 68 Prozent. Die Zahlungsbereitschaft ist aber gering: Nur 26 Prozent der Befragten zeigten sich bereit, entsprechende Klimakosten zu tragen – 53 Prozent lehnen das ab.

> Dem Verbrennungsmotor treu: Gegen den Abschied von Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb sträuben sich die Baden-Württemberger: 56 Prozent lehnen ein Verbrennerverbot ab 2030 ab, nur 25 Prozent sind dafür. Tendenziell hängt man auf dem Dorf noch stärker an den erdölbasierten Kraftstoffen: Hier sind 61 Prozent gegen ein frühes Verbrennerverbot, 18 Prozent dafür.

> Wohlhabend ab 100 000 Euro: Wer ein monatliches Einkommen in dieser Höhe

hat, gilt für 38 Prozent der Befragten als wohlhabend. Die Grenze bei 200 000 Euro setzen 30 Prozent der Befragten, bei 500 000 Euro 13 Prozent.

> Unzufrieden mit der Bundestagswahl: 47 Prozent hätten sich ein anderes Ergebnis gewünscht. Zufrieden sind nur 36 Prozent.

> Renten sichern: Das gilt 65 Prozent der Befragten wichtigste Aufgabe der neuen Bundesregierung. Danach folgt „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (58 Prozent), die Stärkung des Gesundheitssystems (57) und der Umwelt- und Klimaschutz (55, siehe auch Grafik oben).

> Landes-SPD profitiert kaum: Auch wenn mit Olaf Scholz wohl ein Sozialdemokrat der nächste Bundeskanzler sein wird: Die SPD wird überwiegend kritisch beurteilt – und im Südwesten noch kritischer als bundesweit. So sagen 25 Prozent, die SPD im Bund gefalle ihnen – in

Baden-Württemberg sind es nur 17 Prozent. Kritisch sehen die Partei 37 (Bund) bzw. 42 Prozent (Land). Und auch bei den eigenen Parteianhängern hat die Bundes-SPD den deutlich besseren Ruf: 74 Prozent sind zufrieden, nur 6 Prozent unzufrieden. Im Land ist das Verhältnis 54:15.

> Ampel im Aufwind: Gefragt nach den Regierungswünschen in Baden-Württemberg, verliert Grün-Schwarz an Zustimmung, die Ampel hingegen gewinnt dazu. 31 Prozent finden die aktuelle Regierungskoalition gut, das sind vier Prozentpunkte weniger als im Juni 2021. Die Ampel aus Grünen, SPD und FDP legte im gleichen Zeitraum auf 41 Prozent um zehn Punkte zu.

> Kretschmann soll bleiben: Eine volle Amtszeit des grünen Ministerpräsidenten wünschen sich 41 Prozent der Befragten (-4 seit Juni). Den frühzeitigen Wechsel zu einem Nachfolger befürworten 35 Prozent (+3).



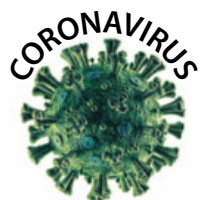
In die Schule nur mit Maske, zum Shoppen nur geimpft

Seit diesem Mittwoch gilt in Baden-Württemberg die „Alarmstufe“ – 2G-Pflicht in vielen Bereichen – Kontakte für Ungeimpfte beschränkt

Von Sören S. Sgries

Stuttgart/Heidelberg. Ab diesem Mittwoch ist es so weit: Zwei Wochen, nachdem zunächst die „Warnstufe“ in Baden-Württemberg ausgerufen wurden, greifen jetzt die Regeln der „Alarmstufe“ – mit deutlich weitergehenden Einschränkungen insbesondere von Ungeimpften.

■ Warum wurde die „Alarmstufe“ ausgerufen? Im dreistufigen Schutzsystem, das in Baden-Württemberg gilt, wird die Verhängung von Corona-Maßnahmen an bestimmte Schwellenwerte geknüpft. Seit Mitte Oktober ist das nicht mehr die Sieben-Tage-Inzidenz bei den Neuinfektionen, sondern entweder die Hospitalisierungsinzidenz oder die Auslastung der Intensivbetten mit Covid-19-Patienten. Hier wurde zum zweiten Mal in Folge der kritische Grenzwert von 390 Patienten überschritten – am Dienstag lag der Wert bei 424, damit waren 18,7 Prozent der betreibbaren Intensivbetten allein mit Corona-Patienten belegt. Landesweite Sieben-Tage-Inzidenz lag bei 382,8.



■ Was sind die wichtigsten Neuerungen? In vielen Bereichen gilt jetzt die 2G-Regel – das heißt, der Zugang ist nur noch für Geimpfte und Genesene erlaubt. Die 3G-Regel, wonach auch negative Tests akzeptiert werden, gibt es kaum noch – und wenn, dann ausschließlich mit PCR-Tests. Außerdem wurden die Kontaktbeschränkungen weiter verschärft.

■ Was gilt bei Kontakten im privaten Bereich? Für Ungeimpfte sind die Vorgaben wieder sehr streng: Ein Haushalt darf nur eine einzige ungeimpfte Person treffen.

■ Gelten Einschränkungen auch, wenn eine Impfung nicht möglich ist? Nein. Ausgenommen sind – und zwar bei den Kontakten wie auch bei der 2G-Regel – Personen unter 18 Jahren sowie diejenigen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können. Dafür wird aber im 2G-Bereich ein negativer Antigentest verlangt.

■ In welchen Bereichen gilt jetzt die 2G-Regel? Als Faustregel gilt: Bei allen Aktivitäten, die dem Vergnügen dienen und die in Innenräumen stattfinden. Also: Restaurant, Kino, Theater oder Schwimmbäder dürfen nur noch von Geimpften oder Genesenen besucht werden.



Auch am Platz müssen Schüler jetzt wieder durchgehend Maske tragen. Foto: dpa

■ Wo gilt noch die 3G-Regel? In der Außen-gastronomie und bei Sport im Freien sowie bei körpernahen Dienstleistungen wie Friseurbesuchen. Wichtig: Hier muss ein PCR-Test vorgelegt werden – und der kostet ab 50 Euro und wird, anders als Antigentests, nicht vom Staat gezahlt. Ausgenommen sind medizinisch begründete Angebote wie Logo-, Physio- oder Ergotherapie.

■ Gibt es auch 3G nur mit Schnelltest? Ja – und zwar im Einzelhandel. Wer also Kleider oder Elektrogeräte kaufen will, muss als Ungeimpfter einen Testnachweis vorlegen. Unternehmer können aber auch frei-

willig die 2G-Regel anwenden – dann haben auch Getestete keinen Zutritt mehr.

■ Wird auch am Supermarkt nach Impfstatus und Test gefragt? Nein. Die Grundversorgung ist ausdrücklich von 3G- oder 2G-Vorgaben ausgenommen. Auch ohne Test oder Impfung kann man in Supermärkte, Bäckereien, Apotheken, Getränkemarkt, Tankstellen & Co. Hier gilt nur Maskenpflicht.

■ Gilt in Bus und Bahn 3G? Nein, bisher nicht. Im Bund gibt es Überlegungen, entsprechende Vorgaben zu machen.

■ Was ändert sich an den Schulen? Ab Mittwoch gilt für Schüler auch am Platz wieder die Maskenpflicht. Ausnahmen – etwa für Grundschüler – gibt es nicht mehr. Nur zum Essen und Trinken oder auf dem Pausenhof darf, bei genügend Abstand, die Maske abgenommen werden.

■ Gibt es jetzt wieder Beschränkungen für Konzerte oder Fußballspiele? Noch nicht. In der aktuellen Verordnung sind bei 2G keine Beschränkungen bei der Personenzahl vorgesehen. Gesundheitsminister Manne Lucha (Grüne) kündigte am Dienstag jedoch an, dass hier bei Bedarf durchaus noch nachgeschärft werden könnte.

Viele Verstöße in der Gastronomie

Bilanz der Corona-Kontrollen

Stuttgart. (lsw) Das Gesundheitsministerium in Stuttgart beklagt die erneut hohe Zahl an Verstößen gegen die Corona-Auflagen in der Gastronomie. Insbesondere in den größeren Städten wie Stuttgart, Mannheim, Pforzheim, Heilbronn und Freiburg sei dies der Fall gewesen, sagte ein Behördensprecher am Dienstag. „Leider war die Zahl der Verstöße ähnlich hoch wie bei den letzten Kontrollen. Zumeist hatten die Betriebe kein Hygienekonzept oder das Hygienekonzept wahr fehlerhaft. Es kam auch vor, dass die Kontaktdaten nicht oder nicht richtig erhoben wurden oder dass die 3G-Nachweise nicht richtig geprüft wurden“, sagte der Behördensprecher.

Alle Städte und Gemeinden waren gebeten, sich an den Kontrollen vergangene Woche Donnerstag und Freitag zu beteiligen. Allein in Stuttgart kamen bei 67 Kontrollen 62 Verstöße zusammen – 30 Mal gab es kein Hygienekonzept. Ähnlich war es in Karlsruhe und Mannheim. Dutzende Bußgeldverfahren wurden eingeleitet.

Angekündigt wurde zudem, dass auch weiterhin die Ordnungsdienste stichprobenartig die Einhaltung der Corona-Verordnung kontrollieren sollen.